

Einschätzung

der Lage in den Bezirken am 5. 1. 1990

Die politische Lage in den Bezirken ist unverändert angespannt. Aus den Informationen der Vorsitzenden der Räte der Bezirke und der Regierungsbeauftragten sowie aus Eingaben und Hinweisen von Organisationen, Arbeitskollektiven und Bürgern kristallisierten sich schwerpunktmäßig folgende Problemkreise heraus:

- Proteste gegen die Zahlung von Überbrückungsgeld für ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit und des Staatsapparates;
- die angebliche Verquickung von SED-Parteiapparat und Ministerium für Staatssicherheit.

1. Es wird die **sofortige** Aufhebung des Beschlusses bei gleichzeitiger Neuregelung der Renten für **alle** Bürger gefordert.

Die Forderungen der Mitarbeiter des medizinischen Zentrums Nord in Rostock nach

- ehrlicher und konkreter Information,
- gleichem Recht für alle Bürger auf der Grundlage des Arbeitsgesetzbuches und **keine** Sonderregelungen zuzulassen,

werden voll inhaltlich in den Eingaben und offenen Briefen an den Ministerpräsident unterstützt durch Werktätige

- des Kombirates Carl Zeiss Jena
- des Waschgerätewerkes Schwarzenberg
- des VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis
- des VEB Maschinenhandel Erfurt
- der PGH Elektro Oberlungwitz
- des VEB Hochbau Nordhausen.

Der Kombinatdirektor des IFA-Kombinates Zweiradfahrzeuge Suhl informierte darüber, daß **stündlich** mit Arbeitsniederlegungen in seinem Kombinat gerechnet werden muß, wenn keine Korrektur des o. g. Ministerratsbeschlusses vorgenommen wird.

Darüber hinaus wurden am 5. 1. 1990 im Stammbetrieb Flugblätter mit alternativen Forderungen verteilt.

Inhalt: - Warnstreik am 8. 1. 1990, 8.00 - 12.00 Uhr
- sofortige Rücknahme des Ministerratsbeschlusses vom 8. 12. 1989 und 14. 12. 1989 betreffs "Überbrückungsgeld"
- sofortige Auflösung Amt für Nationale Sicherheit noch vor dem 6. Mai 1990
- Vorlage eines Rentengesetzentwurfes und Verabschiedung vor dem 6. Mai 1990.

Falls diese Forderungen nicht erfüllt werden, wird ein landesweiter **Generalstreik** angekündigt.

Warnstreiks wurden ebenfalls angekündigt

- im VEB Keramische Werke Hermsdorf für den 8. 1. 1990, 9.00 - 11.00 Uhr,
- in der PGH Elektro Oberlungwitz.

Im Interesse der Unterstützung der Regierung sind sofortige Entscheidungen notwendig.

2. Die Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke verabschiedeten auf ihrer Koordinierungstagung am 4./5. 1. 1990 in Leipzig eine Presseerklärung, in der die enge Verbindung zwischen dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit und der SED-PDS dargestellt wird, woraus ihre Gleichsetzung und eine im Zusammenhang mit der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit konstatierte angebliche Verfassungswidrigkeit der SED-PDS abgeleitet sowie die Einleitung von Maßnahmen gefordert wird.

In der Presseerklärung heißt es u. a.:

"Für die verfassungswidrige Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit trägt die SED Verantwortung. Eine Namensänderung kann sie hiervon nicht entbinden. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, gegen die SED-PDS wegen des Verdachtes verfassungswidriger Aktivitäten zu ermitteln."

Und an anderer Stelle heißt es:

"Wir sprechen uns eindeutig gegen Neofaschismus aus. Ihm muß vorwiegend politisch begegnet werden. Dazu gehört es, Ermittlungsergebnissen der Kriminalpolizei publizistisch nicht vorzugreifen. Publizistische Bewertungen dürfen nicht die sofortige Bildung eines Verfassungsschutzes ohne demokratische Kontrolle bewirken. Die in diesem Zusammenhang landesweit inszenierte Pressekampagne zu neofaschistischen Erscheinungen verfolgt parteipolitische Eigeninteressen der SED-PDS. Ausgehend von den vorhandenen Machtpositionen dieser Partei in den Massenmedien und dem Staatsapparat sehen wir Bestrebungen, unter Benutzung dieser Position undemokratische Machtinstrumente zu rekonstruieren."

Darüber hinaus wurden solche Forderungen formuliert wie

- Aufhebung von Schweigeverpflichtungen;
- Sicherung und Offenlegung der Archive und Akten der SED-PDS und ihrer Abteilung Sicherheit auf allen Leitungsebenen sowie der Archive des Nationalen Verteidigungsrates und der Bezirkseinsatzleitungen;
- Demontage aller von der SED genutzten Sonderkommunikationsmittel;
- Herauslösung aller Grundorganisationen der SED-PDS aus Betrieben, öffentlichen und staatlichen Organisationen; Unterlassung ihrer politisch-ideologischen Anleitung usw.

In einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vom 5. 1. 1990 "argumentieren" Mitarbeiter des VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis (Suhl):

"In den immer noch SED-PDS gesteuerten Medien - Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen - wird die Stimmung von ehemaligen Mitarbeitern o. g. Organe verbreitet, doch nur nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht erfüllt zu haben und von einigen führenden Genossen des ehemaligen ZK mißbraucht worden zu sein. Das ist Heuchelei!"

"Die SED-PDS fordert unter dem Deckmantel der Aufklärung neonazistischer Aktivitäten den sofortigen Aufbau sogenannter Verfassungsschutzorgane aus den Strukturen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit heraus. Diese Organe arbeiten sogar schon bzw. immernoch. Es besteht die Gefahr, daß damit die alten Strukturen restauriert werden!".

Die Sicherung/der Transport der Waffen des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit erfolgt planmäßig durch das Ministerium für Innere Angelegenheiten und unter Kontrolle des Bürgerkomitees (Frankfurt/Oder und Gera). Zielstellung ist, alle Aktivitäten in diesem Zusammenhang bis zum 9. 1. 1990 abzuschließen. Die Ergebnisse sollen auf Demonstrationen bekanntgegeben werden.

Dabei kam es in Erfurt zu Diskrepanzen mit dem Bürgerforum, da trotz der Zusicherung, daß sich im Bezirksamt keine Waffen mehr befinden eine Verlagerung von Jagdwaffen beobachtet wurde.

Im Interesse der weiteren Sicherung des Bezirksamtes Karl-Marx-Stadt sollte mit Befehl die Übernahme des Wachpersonals (ca. 120 Soldaten) zur BDVP erfolgen, da diese Angehörigen sonst ihre Waffe abgeben müßten, eine Sicherung des Objektes durch Polizeikräfte z. Z. jedoch nicht möglich ist.

3. Über Fernschreiben meldeten sich Kollektive und einzelne Bürger zu folgenden weiteren Problemen:

a) Die Richter des Bezirksgerichtes Suhl erklärten, sie hätten erfahren, daß am Runden Tisch am 8. 1. 1990 bei der Behandlung von Justizfragen Rücktrittsforderungen an sogenannte "Rote Richter" gestellt werden sollen.

Sie fordern, daß ein Vertreter des Richterbundes daran teilnimmt, um die Interessen der Richterschaft zu wahren. Sie wollen eine Spaltung der Richterschaft in unserer Republik nicht zulassen und Rücktrittsforderungen nicht freiwillig nachkommen. Sie haben geltende Gesetze angewandt und können nur dann zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie Rechtsbeugung begangen haben.

164

Sollte der Ministerrat diesen Forderungen nachkommen, besteht die Gefahr des Stillstands der Rechtsprechung durch die Solidarisierung aller Richter. Damit wären Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit der Bürger in Frage gestellt.

- b) Aus dem VEB Braunkohlenwerk Borna wird mitgeteilt, daß in Diskussionen und Gesprächsrunden immer stärker gefordert wird, daß die für die Entwicklung der DDR bis zum Oktober 1989 Verantwortlichen nunmehr bestraft und abgeurteilt werden. Die Meldungen, daß Honecker nicht mehr unter Hausarrest steht, daß er Wohnungsangebote abgelehnt hat und daß gegenwärtig eine Inhaftierung noch geprüft wird, stoßen bei den 13.000 Bergarbeitern auf Unverständnis und tragen nicht dazu bei, Vertrauen zur Regierung zu gewinnen.
- c) Aus dem DFD-Bezirksvorstand Halle wurde bekannt, daß die Berufsgruppen Bäcker, Konditoren, Fleischer, Polsterer u. a. für den 9. Januar eine Demo geplant haben, mit der sie sich gegen den Beschluß des Ministerrates vom 4. bzw. 5. 12. 1989 aussprechen wollen.
- Sie sind der Meinung, daß in den zurückliegenden Jahren alle Hinweise zur finanziellen Stellung der mithelfenden Ehefrauen von Handwerkern keine Beachtung fanden und nun von der Regierung wiederum Halbherzigkeiten beschlossen wurden. Sie fordern im Namen dieser Frauen und in der Verantwortung um eine bessere Versorgung, diesen Beschluß zu überarbeiten. Die o. g. Berufsgruppen drohen bei Nichtbeachtung ihrer Forderungen mit Streik.
- d) Vom DFD-Bezirksvorstand Halle wurde weiterhin folgende Stellungnahme an Genossen Modrow gesandt:

"Mit großer Sorge und tiefer Betroffenheit nehmen wir Frauen und Mütter von den zunehmenden neofaschistischen Aktionen Kenntnis und begrüßen deshalb den Beschluß des Ministerrates zur Bildung eines Amtes für Verfassungsschutz und Nachrichtendienst. Sind jedoch zugleich empört, daß oppositionelle Gruppen des zentralen Runden Tisches die Aussetzung bis nach den Wahlen fordern.

Wir möchten an Sie die eindringliche Forderung richten, den massiven Druck oppositioneller Kräfte nicht nachzugeben, denn es geht um wirksamen Schutz der Bürger unseres Landes."

Vermerk zur Lage am 6. 1. 1990

Aus den Berichten der Räte der Bezirke und dem Bericht des Ministeriums für Innere Angelegenheiten geht hervor, daß am 6. 1. 1990 insgesamt 12 Demonstrationen bzw. Kundgebungen mit rund 53 000 Teilnehmern stattfanden. Veranstalter waren das Neue Forum, Bürgerinitiativen, die FDP und Ärzte/medizinisches Personal (Dresden). Die detaillierten Angaben zu den Demonstrationen sowie Informationen über weitere Ereignisse, die mit den Bezirksberichten übereinstimmen, beinhaltet der Tagesbericht des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (Anlage).

Vom Diensthabenden des Ministeriums für Nationale Verteidigung wurde zusätzlich gemeldet:

- In einem Fall wurde die Grenzmauer von Berlin West aus beschädigt. An der Staatsgrenze zur BRD wurden 31 Grenzsäulen beschädigt (Embleme entfernt).
- In 3 Fällen wurden Grenzzeichen widerrechtlich ausgegraben.
- Gegen 18.05 Uhr überschritten im Abschnitt Bornhagen, Kreis Heiligenstadt, 9 Jugendliche widerrechtlich die Staatsgrenze in Richtung BRD außerhalb einer GÜST.